

3.

SOZIALDEMOKRATEN GEGEN KOMMUNISTEN

Eine Chronik des politischen Widerstands in der Sowjetischen Besatzungszone ist bis heute noch nicht geschrieben worden, aber zweifellos hätte in ihr der Widerstand freiheitlich gesinnter Sozialdemokraten gegen die Diktatur der Kommunisten einen breiten Raum zu beanspruchen. Dieser Widerstand setzte etwa um die Jahreswende 1945/46 ein — und er dauert an bis in die jüngste Zeit, wenn er sich mit der Zeit auch wandeln und zunehmend sporadischen Charakter annehmen mußte. Seine Existenz beruht auf den sozialdemokratischen Traditionen der Arbeiterschaft in den mitteldeutschen Industrievierteln vor 1933 und auf dem politischen Einfluß, den die Sozialdemokratische Partei Deutschlands von diesseits der Demarkationslinie auf Teile der mitteldeutschen Arbeiterschaft bis heute ausübt. Ausgangspunkt ist die Geschichte der von den Sowjets erzwungenen Verschmelzung der KPD und der SPD im Sowjetsektor von Berlin und in der SBZ zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED).

Im Blick zurück auf die Zeit nach dem Zusammenbruch erscheint es noch heute unverständlich, warum die Sowjets — als sie durch SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 die „*Bildung und Betätigung antifaschistischer, demokratischer Parteien*“ in ihrer Besatzungszone und in Berlin zuließen — nicht von vornherein auf der Gründung einer einheitlichen Arbeiterpartei bestanden. Ihre Chancen wären 1945 nicht ungünstig gewesen. Eine solche Arbeiterpartei wäre damals unter den politisch bewußten Kräften der Arbeiterschaft wohl auf geringere Ablehnung gestoßen als später die Gründung der SED. Auch der Aufruf, mit dem der für die SBZ und (vorläufig auch) für Berlin zuständige Zentralauschuß der SPD am 15. Juni 1945, vier Tage nach Wiederbegründung der KPD, an die Öffentlichkeit getreten war, enthielt neben einem Bekenntnis zu „*Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft*“ sowie zu den in dem Aktionsprogramm